

Vormärts

MITTWOCH

9. November 1932

Morgen-Ausgabe

Nr. 529 A 259 49. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 17 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenzettel
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Der Wahltag in U.S.A.

Ergebnis erst Mittwochvormittag zu erwarten

9. November

Es rettet uns kein höh'eres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun...

New York, 8. November.
Der Wahltag hat um 14 Uhr mitteleuropäischer Zeit begonnen. Das Ergebnis wird in Europa gegen 7 Uhr morgens eintreffen. Das Wetter ist kühl und bewölkt; aus verschiedenen Distrikten werden Regenfälle gemeldet.

In der Stadt New York überwachern 7557 Polizisten die 3794 Wahllokale; 19 220 Polizisten sind in der Stadt alarmbereit. Die Washingtoner Geheimpolizei hat Vorbereitungen getroffen, um verfassungsgemäß den staatlichen Schutz auf Roosevelt auszuweiten, falls er gewählt wird. Die Polizeistunde ist für Klubs und Tanzdielen auf 0.50 Uhr verlängert worden.

Um dem Massenandrang der Wähler begegnen zu können, sind in der Stadt New York neue Wahlmaschinen eingeführt worden, die recht umständlich sind. In den übrigen Städten und auf dem Lande wird meistens mit Stimmzetteln gewählt. Amisch ist der Wahltag zum Feiertag erklärt worden, doch sind die meisten Geschäfte geöffnet. Die Republikaner erhoffen im Hinblick auf das Alkoholverbot die Unterstützung ihres Kandidaten Hoover vor allem auch durch die Frauen. Im Staate New York wird zugleich über die Auflage einer 30-Millionen-Dollar-Anleihe für Erwerbslosen-Hilfe abgestimmt.

Da das Wahlergebnis solche Personen von der Wahl ausschließt, die aus öffentlichen Mitteln

unterhalten werden, können bei der jetzigen Wahl sehr viele nicht wählen. (Das gab's im kaiserlichen Deutschland auch, die Sozialdemokratie hat es abgelehnt. Red. d. „V.“)

Der Präsident wird nicht unmittelbar gewählt, sondern 531 Wahlmänner, die Elektoren, die in zwei Monaten zusammentreten, um den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu wählen. Heute entscheidet der Wähler zwischen den Wahlmann-Kandidaten der Demokraten, Republikaner, Sozialisten und Kommunisten.

Am Wahlvorabend gab es einen zweieinhalbstündigen Rundfunkappell der Republikaner an die Wähler. An den Probeabstimmungen des „Literary Digest“, aus dem Roosevelt als Sieger hervorgegangen schien, haben sich nur vier Millionen Amerikaner beteiligt, die Probestimmzettel waren jedoch an 20 Millionen abgefordert worden. Die Tradition spricht für den republikanischen Kandidaten. Die Wahl des Demokraten Wilson konnte nur erfolgen, weil Theodore Roosevelt damals eine Spaltung der Republikanischen Partei herbeigeführt hatte. Uebereinstimmend ist man der Ansicht, daß Hoover verlieren muß, wenn er nicht die 47 Wahlstimmen New Yorks erhält. Da zwischen New York und Kalifornien ein Zeitunterschied von drei Stunden besteht, kann der Wahlausgang bereits entschieden sein, bevor die kalifornischen Wahllokale geschlossen worden sind.

In der Bundeshauptstadt Washington, die als

einzigster Ort in Amerika sich nicht an den Wahlen beteiligen darf, herrscht heute absolute Ruhe.

Alle Minister haben die Stadt verlassen und die meisten Politiker weilen in den Hauptquartieren ihrer Partei. Das Ergebnis der Wahl wird den Bewohnern Washingtons durch Scheinwerfer verflündet. Rotes Licht kündigt den Sieg Roosevelts, grünes Licht den Sieg Hoovers an.

Erste Teilergebnisse

New York, 8. November.

Aus acht Städten von Kansas, darunter Kansas-City und Topeka, liegen Teilergebnisse der Präsidentenwahlen vor. Danach erhielt Roosevelt 3350 und Hoover 3290 Stimmen. In Denver (Kolorado) erhielt Roosevelt 3181 und Hoover 2754 Stimmen. Das Ergebnis von 37 Wahlbezirken von Massachusetts lautet: Roosevelt 13 146, Hoover 9305 Stimmen.

Die ersten Meldungen weisen auf eine außerordentlich starke Wahlbeteiligung hin. Ramentlich in den Distrikten scheint die Wählerzahl beinahe vollständig zur Wahlurne gegangen zu sein.

Das erste Wahlergebnis traf aus New York in Massachusetts ein, wo Hoover 24, Roosevelt 8 Stimmen erhielt. Auch in Boston (Massachusetts) ist Hoover überlegen mit 37 Stimmen, Roosevelt nur 23. Ähnlich lassen sich dann auch Ergebnisse aus größeren Kreisen übersehen. Zum Beispiel bekam Hoover in den 21 Wahlbezirken von Houston 154 Stimmen, Roosevelt 855 Stimmen. In einem Wahlbezirk in Daplin (Missouri) stimmten 10 Wähler für Hoover, 20 für Roosevelt. Martins Station (Alabama) meldet 7 Stimmen für Roosevelt, für Hoover keine einzige. In einer Anzahl Wahlbezirke von Fort Worth (Texas) hat Roosevelt 123 Stimmen, Hoover nur 17.

Letzte Wahlbombe

Der Sonderzug, der Präsident Hoover nach Palo Alto brachte, mußte infolge eines geheimnisvollen Zwischenfalles bei Winnemucca (Nebraska) anhalten, da ein Brückenwärter die Signale auf Halt gestellt hatte. Als man ihn fragte, aus welchem Grunde, entschloß er seinen Oberkörper, der mehrere Meißerstücke aufwies. Als man die Umgebung ablichtete, fand man ein Dynamitpaket dicht bei der Brücke und ein zweites Paket in einem Busch.

5109000 Arbeitslose

Geringes Sinken der Arbeitslosigkeit

In der zweiten Oktoberhälfte ist nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsanstalt die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen von 5 150 000 Mitte Oktober auf 5 109 000 Personen gesunken.

Bei der Unzuverlässigkeit der Arbeitsamtsstatistik wird man sich aber dieser zahlenmäßigen Besserung so lange nicht freuen können, bis der erheblich genauere Monatsbericht des ADGB über die Beschäftigtenziffern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Ziffern der in den Krankenkassen Versicherten für den Monat Oktober herausgekommen sind. Erst dann wird sich zeigen, ob im vergangenen Monat gegenüber dem September tatsächlich keine oder nur ganz unwesentliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten ist. Da Ende September die Gesamtzahl der Erwerbslosen mit 5 102 000 und Ende Oktober mit 5 109 000 ausgewiesen wird, mußte sich also im Oktober der Arbeitsmarkt nahezu stabil gestaltet haben.

Im Vergleich mit dem vergangenen Jahr hat sich seit Ende August die Situation auf dem Arbeitsmarkt folgendermaßen entwickelt: Im Jahre 1931 war durch die einsetzenden Saisonlastungen bei gleichzeitig anhaltender Konjunkturschwächung die Zahl der Arbeitslosen um 408 000 gestiegen. In diesem Jahr ist die Zahl der Erwerbslosen seit Ende August um 115 000 Personen gesunken. Nun geben diese Zahlen leider keinen Anhaltspunkt, da durch die massenhaften Aussteuerungen und das Aufhören der Unterstützungsleistungen die Arme der Arbeitslosen gewachsen ist, die bei den Arbeitsämtern nicht mehr angemeldet sind. Aber auch wenn man all dies einhält, so zeigt sich doch, daß sich eine, wenn auch geringe, Teilbelebung in der Wirtschaft durchzieht, die nicht nur saisonmäßig (Weihnachtsgeschäft) bedingt, sondern konjunkturmäßig beeinflusst ist. Dieser leichten Besserung in den Konjunkturindustrien ist es gelungen, die jedes Jahr eintretende Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den Saisonangeboten bisher zu verhindern.

Die Regierungspresse wird natürlich versuchen, aus dieser geringen Besserung für das Kabinett

von Papen Kapital zu schlagen. Aber das, was sich bisher als Belebung gezeigt hat, ist nicht das Werk der Barone, sondern eine natürliche Entwicklung nach Ueberschreitung des Krisenpunktes. Man muß im Gegenteil befürchten, daß diese Besserung keine nachhaltigen Wirkungen zeitigt, da die von den Baronen getriebene Wirtschaftspolitik jeder ökonomischen Vernunft ins Gesicht schlägt.

Zentrum sagt: Nicht abwarten!

Der Reichstag muß selber die Initiative ergreifen

Unter dem Titel „Nicht abwarten“ befaßt sich das Organ der Christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche“, mit der Frage, was nach dem Ausgang der Wahlen werden soll. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Reaktionen des „Deutschen“ diesmal mit der Auffassung identisch sind, die gegenwärtig in maßgebenden Zentrumskreisen vorherrschend ist. Der „Deutsche“ schreibt:

„Hugenberg's Presse schreibt jetzt, die Deutschnationale Partei besitze die Schlüsselstellung im Parlament und habe jetzt die „Faust an der Gurgel der parlamentarischen Parteilwirtschaft“. Sie werde jede Möglichkeit zu einer reaktionären Wiederbelebung des Weimarer Parlamentarismus über die Bildung einer parlamentarischen Regierung verhindern. Diese Offenherzigkeit ist zu begrüßen. Die anderen Parteien wissen, was sie von einer „nationalen Konzentration“, wie sie Hugenberg will, zu erwarten haben. Es ist ausgeschlossen, daß sich Nationalsozialisten, Zentrum und Christlich-Soziale dafür hergeben werden. Daran ergibt sich alles weitere. Die Vosis einer Not- und Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, wie sie Koss und Brüning fordern, muß so breit wie nur möglich sein und in erster Linie eine Stütze bei den

Massen des Volkes finden. Daß in diesem Augenblick nicht an eine Mehrheitsbildung koalitionsfähiger Art wie früher zu denken ist, ist klar. Es ist eine Regierung zu schaffen, deren führende Männer Vertrauen im Volke haben und eine Mehrheit im Reichstag finden, die ihnen die Möglichkeit gibt, zu arbeiten. Der Reichstag soll sie später nach ihrer Politik und ihren Taten beurteilen. In diesem Sinne muß nun der Reichstag selber die Initiative ergreifen, er darf nicht abwarten, bis die Regierung für gut befindet, ihn einzuberufen. Er muß die Rechte des Volkes, das in seiner überwiegenden Mehrheit seinen Willen unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, zur Geltung bringen und die Führung übernehmen. Es wäre falsch, die Vorschläge und Pläne Papens abzuwarten. Die Lage ist klar, die Aufgabe ist gestellt. Sie kann nicht gelöst werden auf dem Wege einer Besprechung zwischen dem Reichstanzler und den Parteil Führern, welche die Hugenberg-Presse kurz so charakterisiert: „Die Parteilührer sollen verhört werden.“ Beim Reichspräsidenten liegt die letzte Entscheidung.“

Es ist anzunehmen, daß das Zentrum im Sinne der vorstehenden Betrachtungen bereits bestimmte Schritte eingeleitet hat.

Was war es am 9. November 1918? Eine kaiserliche Diktatur brach zusammen, die das deutsche Volk in den aussichtslosesten aller Kriege und in die unvermeidlichste aller Niederlagen hatte hineinschüttern lassen!

Was war es am 9. November 1918? Eine vielhundertjährige Barons Herrschaft wurde weggejagt mit Thröncchen und Kröncchen, Herrenhäusern und Wahlrechtsprivilegien, Herrscherrechten und Untertanenpflichten. Eine autoritäre Staatsführung, die sich von Gottes Gnaden wählte und den Namen der Vorsehung unnützlich in den Mund führte, verendete an ihrer moralischen und geistigen Unfähigkeit.

Beliebt es den Nationalsozialisten noch immer, vom Novemberverbrechen zu reden? Sie, die heute so laut gegen die Barone schreien, können wirklich denen, die damals die Barone weggejagt haben, nicht den geringsten Vorwurf machen — außer etwa den, sie hätten nicht gründlich genug gearbeitet und die Rückkehr der Barone in die Ämter nicht ein für allemal unmöglich gemacht!

Aber es war doch gerade das elende geschichtsfälschende Geschwätz vom Novemberverbrechen und vom Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front, das für die Rückkehr der Barone die geistigen Voraussetzungen schuf. Adolf Hitler, der Hasser und Bekämpfer der Revolution, war von Anbeginn an der Schrittmacher der Konterrevolution. Die Baronsregierung von heute, die autoritäre Staatsführung mit dem Vorsehungskomplex ist sein Werk!

Herr v. Papen hat gestern bei einem Festessen der ausländischen Presse Deutschland als das Kampffeld bezeichnet, auf dem der westliche Rationalismus und der östliche Irrationalismus zusammenstoßen. Ratio heißt soviel wie Vernunft — wir können nicht zum Schaden unseres Volkes annehmen, daß die Vernunft eine geographische Angelegenheit ist, an der wir nur beschränkt Anteil nehmen dürfen. Die Redereien vom Rationalen und Irrationalen gehören auch zu den Verwirrungskünsten, mit denen der gegenwärtige politische Zustand herbeigeführt worden ist.

Der 9. November brachte den Sieg der Vernunft über den politischen Aberglauben der Vergangenheit. Es war ein Sieg des Volkes über eine hauchdünne Herrenschicht. In dem Maße, wie es gelang, die Vernunft zurückzudrängen und dem politischen Aberglauben an Halbgötter, Diktatoren und Tribunen wieder Raum zu schaffen, jagte auch die alte Herrenschicht wieder Boden.

Der 9. November war ein bedeutungsvoller Tag in der Geschichte der Klassenkämpfe. Eine alte Klassenherrschaft wankte und fiel. Die Abergläubischen halten den Klassenkampf für die Erfindung eines bösen jüdischen Herrenmeisters namens Karl Marx. Sie wissen nicht, daß der Klassenkampf keine Erfindung, sondern eine geschichtliche Tatsache ist. Indem sie jetzt einen regelrechten Klassenkampf von oben erleben, durch den die Barone ihre Herrschaft neu zu befestigen versuchen, erhalten sie die Strafe für ihre Dummheit.

Für uns ist dieser 9. November kein Anlaß, Freudenfeste zu feiern. Der 9. November trägt eine doppelte Tragik in sich: er war ein Kind der nationalen Niederlage, und er machte die Spaltung im Proletariat offenbar. Hätte damals ein einiges Proletariat entschlossen den Weg betreten, der über die Demokratie zum Sozialismus führt, nie wäre die

Demokratie in Gefahr geraten, und auf dem Weg zum Sozialismus wären wir schon unendlich viel weiter.

Man spricht von einer Novemberrevolution, aber die Ereignisse des 9. November waren nur ein einzelner Akt in einem revolutionären Entwicklungsprozess, der nun schon seit Jahrzehnten die Welt erschüttert. Dieser revolutionäre Entwicklungsprozess ist ohne Spaltungen und ohne Rückschläge nicht denkbar, beide müssen auf Zeit als etwas Unvermeidliches hingenommen werden. Aber vor dem Sieg steht die Einigkeit, und vor der Einigkeit steht die allgemeine Erkenntnis, daß eine demokratische Staatsverfassung die unentbehrliche Voraussetzung für das Werden einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist. In den Versammlungen singen die Arbeiter — Sozialdemokraten und Kommunisten —, daß uns kein Gott, kein Kaiser und kein Tribun retten kann, und daß wir, um uns aus unserm Elend zu erlösen, das Notwendige selbst tun müssen. Die Demokratie ist es, die dem Proletariat den Weg zur Selbstbefreiung öffnet. Welchen Grund hätten denn die Herren von heute und vorgestern, ihren Klassenkampf von oben gegen die Demokratie zu führen, wenn nicht die Demokratie eine Eroberung des Klassenkampfes von unten wäre!

Ihr wollt den Sieg des Sozialismus, so schützt die Republik, verteidigt die Demokratie, und ihr werdet siegend beenden, was der 9. November 1918 begonnen hat!

Wer brach den Streik?

Nazis und Kommunisten beschuldigen sich gegenseitig

Die großartige Aktion der sogenannten „zentralen Streikleitung“ im Berliner Verkehrsbereich hat als elende Schmiererei nicht mehr erinnern können. Zunächst waren Nationalsozialisten und Kommunisten vollkommen einig, indem sie alle Schuld auf die Sozialdemokratie abgaben. Dann aber gerieten sie einander in die Haare, und jetzt schimpfen sie sich gegenseitig Streikbrecher. So erklärt die sogenannte Nationalsozialistische Betriebsorganisation eine Erklärung, in der es heißt:

Am 5. Streiktag, am Montag, dem 7. November, schickten auch die Kommunisten durch ihre RGO-Funktionäre unter allerlei Vorwänden ihre Anhänger in die Betriebe und stellten dadurch den noch kämpfenden den Erfolg in Frage. Am Montagabend versammelten die Kommunisten durch ihre RGO noch den Rest ihrer Anhänger und erklärten unter allerlei lendenhaften Ausreden den Streik für beendet. Sie gingen sogar so weit, ihren Anhängern vorzuschlagen, daß

die Nationalsozialisten bereits den Streik abgebrochen

hätten. Die RGO könne darum den Streik nicht mehr weiter führen. Die RGO verbreitete auch Flugblätter, in welchen sie zum sofortigen Abbruch des Streiks aufforderten.

Somit ging der Rest der Kommunisten am Dienstag früh in die Betriebe.

Der Montag war der Tag, an dem sich die Fronten reflexlos klärten. Die Freigewerkschaftlichen und SPD. vertagten zuerst, die

RPD. und RGO. folgten brav hinterher.

Sie verließen die Front der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiterschaft! Der Abschluß der Reichstagswahl bedeutete für die Marxisten gleichzeitig den Austritt aus der Arbeiter-Kampffront!

Die Nationalsozialisten hielten das Banner des Kampfes bis zum Dienstag mittag hoch und nur unter der Feststellung der Tatsache, daß die Führung der RGO. und der Freien Gewerkschaften die Arbeiterfront verraten hatten, den ehrlich gemeinten Wirtschaftskampf der Arbeiterschaft aufbelebten, veranlaßte die Nationalsozialisten auch ihrerseits, den nunmehr aussichtslos gewordenen Kampf abzubrechen.

BBG. euer Kampf wäre von Erfolg gekrönt gewesen, wenn nicht die einheitliche Front der Schaffenden

durch sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre erdolcht

worden wäre!

Hier ist der untrügliche Beweis dafür geliefert, daß die Nationalsozialisten die Freunde, dagegen die Marxisten die Feinde des arbeitenden Volkes sind. Die Arbeiterschaft Berlins soll an diesem Erlebnis lernen, und in Zukunft unter nationalsozialistischer Führung den härtesten Kampf gegen diese marxistischen Verräter führen.

Wie aus diesem Aufruf selbst hervorgeht, geben die Kommunisten den Nazis den Vorwurf des Streikbruchs zurück. So versichert die „Welt am Abend“, die Nazis hätten zur Zermürbung der Streikfront ihr Möglichstes getan und sie seien am Montag als erste in die Betriebe gelaufen!

Heines macht Aufruhr

Dauernde SA.-Revolten in Schlesien

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 8. November.

Der Naziterror in Schweidnitz, der schon in der vergangenen Woche zu einem brutalen Ueberfall hemmungsloser Hafentrossler auf einen friedlich heines Weges gehenden Reichsbannermann führte, dauert fort. Insbesondere vor dem Landgerichtsgebäude, wo seit Dienstagvormittag wieder das Sondergericht gegen den Gruppenführer der schlesischen SA. und seine Trabanten verhandelt, reihen die von den Hitler-Jünglingen wohl zu Ehren des Fememörders Heines mit viel Geschrei veranstalteten Kravalle nicht mehr ab. Die Polizei, die häufig vom Gummiknüppel Gebrauch machen muß, ist gegenüber diesem Treiben anscheinend völlig machtlos. Auch in der Stadt streichen größere und kleinere Trupps von SA.-Leuten herum. Sie belästigen Passanten und fallen über politische Gegner her. Mehrere hundert ortsfremde Braunkohlen sind gegenwärtig wieder in Schweidnitz zusammengezogen.

Uebel tut sich besonders der in Schlesien sattsam bekannte Naziführer Kubissa her. Dieser Bursche, der im Jahre 1930 wegen Beteiligung an der Sprengung einer sozialdemokratischen Versammlung in einen Prozeß verwickelt war, zieht mit einer Gruppe auswärtiger SA.-Leute durch die Straßen und macht seine Kumpane auf Reichsbannerleute und Kommunisten aufmerksam. Die Folge dieses terroristischen Vorgehens ist eine Kette von Zusammenstößen. Die von Kubissa geführten Nazibanditen stürzen sich mit Leibschlägen, Gummiknüppeln und anderen Mordwerkzeugen auf ihre Opfer. Am Dienstagmittag wurde auf dem Ring der 23jährige Jäger des Elektrizitätswerkes Maehsteke der zur Eisernen Front gehört, von einer solchen Horde angefallen. Maehsteke erhielt mehrere tiefe Messerstiche und mußte in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus übergeführt werden. Die feigen Messerhelden konnten unerkannt entkommen.

Zuchthausantrag in Schweidnitz

Nazizeugen wegen Begünstigung unvereidigt

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Schweidnitz, 8. November.

Nach dreitägiger Pause wurde am Dienstagvormittag vor dem Schweidnitzer Sondergericht die Verhandlung im Reichenbacher Mordattentatsprozeß wieder aufgenommen.

In Fortsetzung der Zeugenvernehmung wurde zunächst Frau Pastor Fuchs verhört. Die Zeugin gab an, daß sie sich an die feindlichen Vorgänge nicht mehr erinnern könne. Der Zeuge Hauptmann Müller äußerte, daß er den SA.-Mann Polomski unter dem Namen Schmidt „nur zur Erholung“ zu sich genommen habe. Von wem Schmidt zu ihm geschickt worden sei, wisse er nicht. Es sei bei ihm üblich, Gäste freundlich zu bewirten und zu verpflegen. Dabei ist nur merkwürdig, daß Müller diese „Gastfreundschaft“ ausgerechnet bei Polomski-Schmidt zuerst in Anwendung gebracht und ihn sieben Wochen beherbergt hat.

Von der Staatsanwaltschaft wurde die Frage aufgeworfen, welche Bewandnis es mit dem für den flüchtigen SA.-Mann Polomski alias Schmidt ausgestellten Grenzübertrittsschein nach der Tschechoslowakei gehabt habe. Frau Müller habe nämlich bei dem Reichenforster Amtsvorsteher, der den Schein ausstellte, Schmidt als ihren Neffen ausgegeben. Vom Vorliegenden deshalb befragt, bestritt Frau Müller, daß die Behauptung des Staatsanwalts der Tatsache entspreche.

Sämtliche am Dienstag vernommenen Zeugen wurden nicht vereidigt, da bei allen drin-

Das Auftreten der Nazis in Schweidnitz macht den Eindruck einer wohl vorbereiteten Aktion. Das Hauptquartier der nach Schweidnitz für die Dauer des Prozesses verlegten SA.-Mollkommandos ist, wie in früheren Jahren, die als Nazihochburg bekannte Braunkohle. Dort ist seit Dienstag früh auch eine Hafentrossler-Sanitätskolonne stationiert. Außerdem patrouillieren Nazisanitäter in der Stadt umher. Daraus kann man schließen, daß die SA.-Führer nicht nur mit Zusammenstößen rechnen, sondern sie planmäßig fördern.

Wie die Ortspolizeibehörde mitteilt, wurden in Schweidnitz seit Beginn des Reichenbacher Sprengstoffprozesses insgesamt 25 Nazis festgenommen. Drei wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Vier der Festgenommenen werden sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, die übrigen wegen Verstoßes gegen polizeiliche Anordnungen zu verantworten haben. Gegen den Gruppenführer Heines wurde von der Polizei wegen Aufruhr und Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Ferner geht aus dem Bericht der Polizei hervor, daß während der Dauer der Unruhen in Schweidnitz bisher drei Reichsbannerleute, zwei Kommunisten, ein Nationalsozialist und ein Polizeibeamter mißhandelt und verletzt wurden. Gegen die Schuldigen wurde ein Verfahren eingeleitet.

*

Die Unruhen in Schweidnitz setzten sich auch am Dienstagnachmittag fort. Laut Mitteilung der Schweidnitzer Polizeiverwaltung schwebte einer der auf dem Platz vor dem Gerichtsgebäude lärmenden SA.-Leute einen 4 1/2 Pfun schweren Ziegelstein in den Unterarmraum der Polizeibereitschaft im Gerichtsgebäude. Der Anprall des Steines war so heftig, daß der Fensterrahmen herausgeschlagen wurde und ins Zimmer fiel. Dabei wurde ein Polizeibeamter, der am Fenster gestanden hatte, erheblich verletzt; er trug eine 5 Zentimeter tiefe Kopfwunde davon. Im Laufe des Dienstag wur-

den neun Personen festgenommen. Sie werden sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung, Waffennützlichgebrauch, lästlichen Angriffs auf Polizeibeamte sowie wegen Beleidigung einzelner Polizeibeamter vor Gericht zu verantworten haben. Nach der Festnahme stürmte ein Nazitrupp schreiend und tobend hinter dem Polizeikraftswagen, auf dem die Verhafteten weggebracht wurden, her. Ein kommunistischer Führer, den die Nazis auf der Straße dauernd verfolgt hatten, mußte in Schutzhaft genommen werden.

Die Schuld an den Dienstag-Zusammenstößen trägt nach Auffassung der Polizeibehörde nicht die politische Leitung der NSDAP., sondern die verantwortliche Führung der SA., d. h. also wieder einmal Heines! Da mit dessen Verurteilung gerechnet werden dürfte, stehen für morgen nach Verkündung des Urteils weitere Ausschreitungen bevor.

Unter dem Verdacht der Teilnahme an dem Ueberfall auf den Reichsbannermann Schackhal am Freitagabend verhaftete die Polizei am Dienstagmittag auf dem Ring einen Nationalsozialisten, an dessen Hofen Blutspuren zu sehen waren. Der Naziführer Kubissa versuchte den Festgenommenen zu befreien. Die Polizei sah sich deshalb gezwungen, gegen den unverkennbaren Hafentrossler mit dem Gummiknüppel einzuschreiten. Kubissa brach bewußtlos zusammen und wurde von seinen Leuten nach der in der Braunkohle eingerichteten Naziverbandsstation abtransportiert.

Gegen Abend trat endlich wieder Ruhe ein. Alle ortsfremden Nazis wurden von der Polizei, soweit sie ihrer habhaft werden konnte, aus Schweidnitz abgehoben. Gegen 20 Uhr waren die Straßen von den Hafentrosslertrüppeln geäubert.

Rövers Rückzug

Er setzt den Bürgermeister wieder ein

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Odenburg, 8. November.

Der deutschnationale Bürgermeister von Cutin, Dr. Stoffregen, der dieser Tage von dem Naziregierungspräsidenten in Cutin mit Gewalt seines Amtes entbunden wurde, ist von dem odenburgischen Naziministerium am Dienstag wieder eingesetzt worden.

Stoffregen hatte der Razi-Regierung ein Ultimatum gestellt und mit der Resignation an den Reichsinnenminister gedroht. Diese Drohung hat die Nazihelden und Naziminister zu dem Rückzug veranlaßt. In der Nacht zum Dienstag erhielt der Naziregierungspräsident den telegraphischen Befehl, die Forderung des Bürgermeisters von Cutin zu erfüllen. Inzwischen hat Stoffregen gegen den Naziregierungspräsidenten in Cutin Strafantrag wegen Freiheitsberaubung und Nötigung gestellt.

'Nationale' Wegelagerer

Nazis schlagen eine Frau nieder

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Darmstadt, 8. November.

In Ober-Ramstadt bei Darmstadt wurde die Frau eines Reichsbannermannes von einem Trupp Nazis durch Hiebe auf den Kopf niedergeschlagen, so daß sie eine Gehirnerschütterung davontrug. Als ihr Ehemann sie aufheben wollte, erhielt er einen Schlag in den Rücken. Der SA.-Sturmtruppführer Göbel, der als Täter festgenommen wurde, gebärdete sich derart, daß ihm Handhaken angelegt werden mußten.

In einem anderen Odenwald-Ort wurde ein Reichsbannercauto mit Steinen beworfen. Sechs Nationalsozialisten wurden als Täter festgenommen.

In Altmühlheim überfielen etwa zehn uniformierte Hitler-Leute, die mit einem Personentransportwagen angefahren kamen, einen in Opposition stehenden Nationalsozialisten. Das Razi-Ueberfallkommando war mit schweren Knüppeln und anderen Mordinstrumenten ausgerüstet. Der Ueberfallene und sein Begleiter wurden schwer mißhandelt. Zwei Polizeibeamte retteten sie. Die Täter konnten mit ihrem Auto entkommen.

Der Preussische Landtag wird nach den Vereinbarungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht vor dem 22. November zusammentreten. Man erwartet, daß bis dahin sowohl über die politische Gestaltung der Dinge im Reich als auch in Preußen eine gewisse Klärung erzielt werden kann. Entsprechende Schritte sind zu diesem Zweck bereits eingeleitet. Das Ziel ist vor allem die Beseitigung Papens.

SA. verboten

Aber nur im Saargebiet

Saarbrücken, 8. November.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat beschlossen, sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP., insbesondere die Sturmabteilungen (SA.), die Schutzstaffeln (SS.) und sonstige Einrichtungen, einschließlich der „SA.-Beobachter“, „SA.-Reserven“, Motorstürme des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, der nationalsozialistischen Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA.-Kafernen und der Zeugmeisterei mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Zur Begründung wird von der Regierungskommission mitgeteilt:

„In der Nacht zum 2. November wurde in der Stadt Saarbrücken ein Flugblatt verbreitet, das einen Wahlausruf für die Nationalsozialisten ent-

hielt, zugleich auch die Bevölkerung gegen die Polizeiorgane aufzuwiegen suchte. Das Flugblatt entspricht auch nicht den Vorschriften des Pressegesetzes. Um den Verfasser zu ermitteln, fand am 3. November in Ausführung eines Beschlusses der Regierungskommission des Saargebiets in den Geschäftsräumen der NSDAP. eine Durchsuchung statt. Bei der Durchsuchung wurden unwiderrlegliche Beweise dafür gefunden, daß gewisse Organisationen der NSDAP. im Saargebiet eine Tätigkeit entfalten, die in flagrantem Widerspruch zu den Bestimmungen der Verordnung vom 12. September 1928 steht.“

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei tritt am Donnerstag in Berlin zusammen, um über die politische Lage zu beraten, wie sie durch das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. November geschaffen ist.

Kleiner Helfer

Papen-Propaganda im Radio

Um der heißgeliebten Papen-Regierung doch noch die parlamentarische Unterstützung der Hitler-Fraktion zu sichern, rückte am Dienstagabend Dr. Frick Klein von der „D.A.Z.“ vor das Mikrophon der Funkstunde. Nach einer begeisterten Wiederholung der Worte über die „nationale Konzentration“ unter „Hinterlassung aller persönlichen Fragen“, die Papen beim Frühstück der Auslandsjournalisten gesprochen hatte, besprach er den Wahlausfall, der für die Regierung nicht unbefriedigend sei. Der Sozialdemokratie gestand er zu, daß sie sich im ganzen genommen „überrauschend gut gehalten“ habe.

Den großen Stimmenverlust der Hitler-Partei führt er natürlich auf ihre Betonung sozialistischer Forderungen und auf ihre Feindseligkeit gegen Papen zurück. Dann redet er den Hitler-Leuten und besonders ihrem Oberstabschef zu, doch endlich umzuschwenken, denn sonst würde bei einer späteren Wahl ihr Verlust noch größer werden. Hitler habe doch oft genug erklärt, nicht Klassenkampf sondern Volksgemeinschaft wäre sein Ziel. Die schönste Volksgemeinschaft ist eben für den „D.A.Z.“-Mann das Papen-Lager. Der Herr Reichstanzler scheint das auch mit seinen Worten über eine wirkliche „nationale Konzentration“ gemeint zu haben. Schwarzbraune Koalition mit Hugenberg und Dingeldey oder, noch richtiger, nationale Regierung mit Unterstützung der Nazis und des Zentrums sei das allein Richtige, aber beileibe nicht etwa als Koalitionskabinett mit Rückkehr zur früheren Regierungsform durch das Parlament, sondern so, daß das Parlament die autoritäre Staatsführung unterstütze. Das alles mühte bis zum Reichstagsbeginn am 6. Dezember unter allen Umständen geklärt sein.

So weit ist es nun gekommen: Nicht nur der Herr Reichstanzler Papen beglückt die Rundfunkhörer mit seinen politischen Ergüssen, die — nachweislich — neun Zehntel des Volkes ablehnen, jetzt müssen auch noch seine journalistischen Trabanten vor das Mikrophon um gutes Wetter bitten. Aber auch diese kleine Hilfsaktion ist zwecklos. Papen muß fort! Je eher, desto besser!

Reichsrat und Rundfunk

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich am Dienstag mit den Richtlinien für das Rundfunkwesen: das Kulturprogramm, die Sektionen der Reichsrundfunk-Gesellschaft und der einzelnen Sendegesellschaften und die Dienstverpflichtungen für die Rundfunkkommissionäre. Die Vorbesprechungen mit den Ländern hatten, wie sich herausstellte, noch keineswegs eine weitgehende Einigung ergeben, so daß beschlossen wurde, die Beratungen zunächst von einem Unterausschuß fortsetzen zu lassen. Es ist zu erwarten, daß die Beratungen noch in dieser Woche abgeschlossen werden.

Am Donnerstagabend um 5 Uhr findet eine öffentliche Sitzung des Reichsrats statt. Die preussische Staatsregierung dürfte in dieser Sitzung mit einer Erklärung hervortreten.

Was tat Bullerjahn?

Ausschluß der Öffentlichkeit

Der zweite Berliner Verhandlungstag des Bullerjahn-Prozesses brachte zunächst den Lokaltermin in den Berlin-Karlshof-Industriewerken in Wittenau. Der Lokaltermin, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, nahm nicht nur den ganzen Vormittag, sondern auch die frühen Nachmittagsstunden in Anspruch, so daß Senatspräsident Dr. Winger die Verhandlungen im Sitzungssaal des Oberpräsidiums erst nach 5 Uhr abends eröffnen konnte. Nach den Dispositionen des Gerichts soll morgen noch eine Verhandlung in Berlin stattfinden, da die für heute vorgesehene Zeugen nicht sämtlich vernommen werden können. Der Donnerstag soll freigeblieben und am Freitag wird wieder in Leipzig verhandelt werden.

Als erster Zeuge wurde heute der Kriminalbezirkssekretär Schlas vernommen. Schlas hat die ersten Ermittlungen der Spionageabteilung des Polizeipräsidiums gegen Bullerjahn geleitet und erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden, er selbst habe nicht den Generaldirektor v. Gontard als Vertrauensperson angegeben. Er habe mit v. Gontard auch nie etwas zu tun gehabt. Die Direktoren Gebauer und Hellwig hätten angegeben, eine Persönlichkeit in den Werken besäße Material für die Schuld des Bullerjahn. Diese Persönlichkeit wüßte er nicht, aber nicht genannt zu werden. Daraufhin habe er im Auftrage des Kriminalkommissars Göbener den Herren gesagt, sie sollten diese Persönlichkeit dem Polizeipräsidium mitteilen, der Name würde im Verfahren nicht genannt werden. Daraufhin habe der verstorbenen Direktor Hellwig ohne seine Vermittlung dem Kriminalkommissar Göbener direkt den Generaldirektor v. Gontard als Vertrauensperson genannt.

Der Zeuge Pagenstecher, Leiter des Sicherheitsdienstes in den Berlin-Karlshof-Industrie-



„Ich bin groß“, sagte der Hugenfrosch und blies sich auf.

„Seht“, rief er, „schon um 50 Prozent meines Umfangs habe ich zugenommen.“

Wenn nur nicht ein Malheur geschieht. . .

Die Bombenleger verurteilt

Nationalsozialistische Attentate in Ostpreußen und Schleswig-Holstein

Allenstein, 8. November.

In dem Allensteiner Bombenattentäter-Prozess beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Brey nach Schluß der Beweisaufnahme gegen den nationalsozialistischen Sturmführer Wehke wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes und wegen Anstiftung zum Sprengstoffverbrechen zehn Jahre Zuchthaus. Wegen die Nationalsozialisten Juschka und Franz Weh wurden vom Oberstaatsanwalt wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz je sechs Jahre Zuchthaus, die gleiche Strafe gegen die SA-Leute Quasfel und Klimmek beantragt. Wegen die SA-Leute Dembowski, Wilhelm Weh, Bernack und Hellwig beantragte der Oberstaatsanwalt je fünf Jahre Zuchthaus. Gegen die übrigen angeklagten Nationalsozialisten wurde die Freisprechung beantragt.

Am Dienstagvormittag wurde das Urteil verkündet. Die Angeklagten Wehke, Franz Weh, Quasfel und Klimmek werden zu je 5 Jahren Zuchthaus, Dembowski zu einem Jahre Gefängnis, Wilhelm Weh zu einem Jahre Zuchthaus, Hellwig zu einem Jahre Zuchthaus und Juschka zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungsrichter wurden in Unternehmung gebracht. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Bombenprozeß in Altona

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Hamburg, 8. November.

Am Dienstag feierte das Altonaer Sondergericht vor dem gegenwärtig der Prozeß gegen die nationalsozialistischen Hand-

granatenwerfer verhandelt wird, die Vernehmung der Angeklagten fort. Als Verteidiger für die angeklagten SA- und SA-Leute war der berühmte nationalsozialistische Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Roland Freisler-Kassel erschienen. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Aussagen über die Ausführung der in der Wahl noch in Schleswig-Holstein verübten Handgranatenanschläge zu bewegen.

In Elmshorn

wurde aus einem mit sechs Mann besetzten Kraftwagen eine Stielhandgranate gegen eine Gastwirtschaft geworfen, in der sich das Verkehrslokal und das Parteibüro der SPD befinden. Außerdem wurden zahlreiche Schüsse auf das Haus abgegeben. Die Handgranate flog bei der Explosion gegen den Bordstein, so daß nur die Fenster der umliegenden Häuser zerbrachen. Die angeschuldigten SA- und SA-Leute, durch deren früheres Geständnis die Tat restlos geklärt ist, verweigern jetzt die Aussagen und behaupten, sich der Vorgänge nicht mehr entsinnen zu können.

In Uetersen

wurde aus einem Kraftwagen heraus eine Handgranate gegen den Laden der Konsumgenossenschaft Produktion geschleudert, die aber ihr Ziel verfehlte und das Haus eines Arbeiters, der zu keiner politischen Partei gehört, traf. Auch hier ist die Täterschaft durch frühere Geständnisse geklärt. Zwei der Täter, der Abiturient Adler und der Bäckergehilfe Dechow, sind flüchtig. Die übrigen Angeklagten verweigern die Aussage oder geben an, mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun zu haben.

Der Ausschlag in Barmstedt

wurde von dem Führer des zweiten Sturmabteils, Gregech, der auch die anderen Attentate organisierte, selbst ausgeführt. Er sollte sich gegen ein kommunistisches Parteilokal richten. Der Täter, der auf einem Motorrad vorfuhr, warf die Stielhandgranate aber versehentlich in die Wohnung des Arbeiters Gottschalk, die sich im Haus neben dem SPD-Lokal befindet. Die Handgranate richtete großen Sachschaden an. Durch die Explosion wurden zahlreiche Fenster Scheiben des Hauses zertrümmert. Der Angeklagte, der diese Tat eingesteht, sagte weiter aus, daß er nach Vollbringung der Tat dem Führer des Motorrades, dessen Namen er nicht nennen will,

mit vorgehaltener Pistole Stillschweigen über die Vorgänge der Nacht geboten

und ihm bedeutet habe, daß er ein Kind des Todes sei, wenn die Öffentlichkeit etwas erfahre. Die der Ausführung des Handgranatenanschlags auf den

Konsumvereinsladen Produktion in Pinneberg

beschuldigten SA-Leute Gerlach und Burmeister, die dort in den Winternachtsstunden des 1. August mit einem Kraftwagen vorfahren und eine Stielhandgranate gegen das Haus warfen, bestreiten die Täterschaft, obwohl diese Aussagen durch Aussagen ihrer Kameraden vor dem Untersuchungsrichter feststeht.

Das Attentat in Rendsburg

richtete sich gegen das Parteibüro und Verkehrslokal der SPD, auf das zwei Handgranaten geworfen wurden, die durch ein Fenster auf den Tisch der Gastwirtschaft fielen, dort explodierten und große Zerstörung anrichteten. Der SA-Mann Rohweder, der die Handgranate warf, wurde durch herumschlagende Sprengstücke schwer verletzt und von dem Reichstagsabgeordneten Moder und dem Standartenarzt Dr. Först heimlich fortgeschafft. Gegenwärtig ist er flüchtig. Der weiter an der Tat beteiligte SA-Mann und Zollwachtmeister Blahn ist geflüchtet.

Der Führer des Altonaer SA-Sturmes, Gastwirt Brockmann, der Inhaber einer berechtigten Nazikneipe ist, wird beschuldigt und durch frühere Aussagen bezeugt, das

Attentat auf ein SPD-Lokal in Altona

ausgeführt zu haben. Da aber die zum Werfen der Handgranaten bestimmten SA-Leute das Abziehen der Zünder vergaßen, blieben die Handgranaten auf der Straße liegen, ohne zu explodieren. Ein zweites Attentat, das auf das Altonaer Gewerkschaftshaus geplant war, kam nicht zur Ausführung, da die hierzu bestimmten SA- und SA-Leute in letzter Stunde den Mut verloren. Der Angeklagte bestreitet entschieden, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Ausführlich erörtert wird noch die Beschaffung der Sprengstoffe, die nach der Anzeige der Nationalsozialist Bestmann geliefert haben soll. Der Angeklagte Blahn gibt zu, eines Tages ein großes Paket mit Sprengstoff in die Wohnung des SA-Mannes Hoersch gebracht zu haben, verweigert aber über die Herkunft des Sprengstoffes und über seine Verwendung die Aussage.

Am Donnerstag soll mit der Beweisaufnahme begonnen werden, für die zunächst 37 Zeugen und 3 Sachverständige geladen sind.

Hitler-Blatt verboten

Wegen eines Angriffs auf Papen

München, 8. November.

Der „Böckische Beobachter“ ist heute abend laut Beschluß der Polizeidirektion München mit sofortiger Wirkung bis zum 14. November verboten worden. Das Verbot ist, wie die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt, nach § 6 der Rotverordnung vom 14. Juni 1932 ausgesprochen worden und zwar wegen eines Artikels in der Ausgabe vom 6./7. November, dessen Ueberschrift lautete: „Herr von Papen hält eine von Verunglimpfungen gegen Adolf Hitler strotzende Rundfunkrede“.

Nazi-Notwehr!

Ein deutscher „Richterspruch“

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Schwerin, 8. November.

Ein unmögliches Urteil fällt am Dienstag die Große Strafkammer Schwerin. Es hatten sich zwei SA-Leute zu verantworten, weil sie in der Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung „Das freie Wort“ eine Karikatur von Dr. Goebbels zerissen hatten. In diesem Tatbestand sah die Anklagebehörde ein Verbrechen gegen die Rotverordnung gegen den politischen Terror. Der Staatsanwalt beantragte deswegen gegen beide Angeklagte je ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht sprach die beiden Angeklagten dagegen frei und fand dafür folgende merkwürdige Begründung: Es wird festgestellt, daß die Nationalsozialisten widerrechtlich in die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung eingedrungen sind und daß sie das Plakat gewaltsam entfernt haben. Sie sind auch von dem Geschäftsführer aufgefordert worden, das Lokal zu verlassen und sie haben auch dem Geschäftsführer das Plakat entziffert. Trotzdem ist die Strafkammer der Meinung, daß die Angeklagten ihrem Führer Goebbels bewußt Notwehr leisteten und sie deshalb in Notwehr gehandelt hätten. Sie seien demnach freizusprechen. Der Haftbefehl werde mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Zuchthaus für Spionagerversuch. Das Oberste Landesgericht München verurteilte den 53 Jahre alten Kaufmann Ferdinand Wacker aus Gernersheim wegen versuchten Betrags militärischer Geheimnisse zu 2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

„Unsere Haupt- und Residenzstadt“

Auch eine Erinnerung zum 9. November

Das Kabinett der Barone kämpft für die Reaktion. Die Berliner haben am letzten Sonntag gezeigt, daß sie gegen die Reaktion sind.

Vor rund 24 Jahren erschien diese „Verordnung wegen Einberufung des Landtags der Monarchie vom 2. Oktober 1908“.

Wenn man mit den Namen — bis auf die Adelsprädikate, die davor stehen — „Verwechsell das Bäumchen“ spielt, könnte diese Verordnung beinahe auch von der Regierung des Herrn von Papen gegengezeichnet sein.

Es heißt da: „Seine Majestät der Kaiser und König und die hier anwesenden Prinzen des königlichen Hauses wohnen dem Gottesdienst in der Schloßkapelle bei und nehmen mit den Obersten Hofchargen dem Altar gegenüber Platz.“

Fürsten von Bülow, und ordneten sich links vom Thron. Der Präsident des Staatsministeriums machte nunmehr Seiner Majestät dem Kaiser und König die Meldung, daß alles für die Eröffnung bereit sei.

Es geht weiter: „Sobald die Verlesung der Thronrede beendet war, trat der Präsident des Staatsministeriums wiederum vor und erklärte auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Königs den Landtag der Monarchie für eröffnet.“

Zwei Stunden später eröffnete dann im Landtaggebäude in der Prinz-Albrecht-Straße Herr von Kröcher die erste Sitzung mit diesen Worten: „Als Präsident der vorigen Anbetung der Allerhöchsten in „Unsere Haupt- und Residenzstadt“ möglich.“

Verkehrsstreik vor Sondergericht

Zwei vertagte Verhandlungen

Der Verkehrsstreik findet nun sein Justiznachspiel vor dem Sondergericht. Im Laufe dieser Woche werden täglich Sitzungen abgehalten, um abzuurteilen über diejenigen, die sich zu strafbaren Handlungen hinreihen ließen.

Zwei solcher Transportgefährdungen, begangen am 4. November, standen bereits gestern zur Verhandlung. Im ersten Falle hatten sich zwei Tiefbauarbeiter, der 55jährige Weidemüller und der 25jährige Gröner zu verantworten.

mals hoch! (Das Haus hat sich erhoben und stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.) Von Kröcher fuhr fort: „Meine Herren, das Haus wird den Wunsch haben, aus Anlaß des 50. Geburtstages der Kaiserin und der an demselben Tage stattfindenden Vermählung des Prinzen August Wilhelm von Preußen Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin sowie dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Braut Glück- und Segenswünsche darzubringen.“

Bei dem Prinzen, der heute als Prinz Ludwig der Kellame-Hohenzoller der Nazis ist, haben die Glück- und Segenswünsche freilich nicht geholfen. Er ist inzwischen von der „Prinzessin Braut“ schon lange wieder geschieden.

Es ist der 9. November. Die Vergangenheit mahnt.

Ein Dokument aus der Zeit, da die Byzantiner mit und ohne Adelsprädikat vor Majestäten und königlichen Hoheiten Kotau machten, muß dem Berliner sagen: Das ist endgültig vorbei!

Das Dreiklassenwahlrecht des Wilhelminismus machte solche schändlichen Zustände, machte diese Anbetung der Allerhöchsten in „Unsere Haupt- und Residenzstadt“ möglich.

Am Gedenntag des 9. November aber sagt der Berliner: Nie wieder!

soil, konnte fliehen. Der ältere Mann hatte in der Tasche Rosakristalle. Etwa zehn solcher Steine befanden sich in der Straßentrinne, zum Teil fest eingeklemmt.

In der gestrigen Verhandlung bestritt der Ältere von beiden die Absicht der Transportgefährdung. Er habe aus Solidaritätsgefühl mit den streikenden Straßenbahnern bloß den Verkehr erschweren und die Wagen zum Stoppen bringen wollen.

Der zweite Fall passierte in Treptow. Ein Polizeiwachmeister stieß gegen 3 Uhr nachmittags auf einen jungen Menschen, als dieser zu einem Hausen Pflastersteine, der quer über die Schienen gelegt war, einen weiteren Stein hinzufügte.

gestellt und war gefällig. In der Verhandlung erklärte auch er, an eine Transportgefährdung nicht im mindesten gedacht zu haben. Dieses sei am helllichten Tag bei einem 70 Zentimeter hohen Steinhäufen auch gar nicht möglich gewesen, da der Führer die Steine sofort gesehen und den Wagen gebremst hätte.

Die Vorsicht, mit der das Gericht zu Werke geht, ist zu begrüßen. Heute stehen mehrere Fälle von Transportgefährdung zur Aburteilung, in denen es sich um Steinwürfe in die Straßen-

Achtung! Hörer!

Heute abend einschalten auf Hilversum!

Heute abend 19.10 Uhr spricht Genosse Paul Löbe über den holländischen Sender Hilversum auf Welle 296 über das Thema

Der 9. November und die Arbeiterschaft.

Der Rundfunkkommissar Scholz hat verboten, daß Genosse Paul Löbe am 9. November auf deutschen Sendern über den 9. November redei. Reichsinnenminister Gahl hat auch auf die Beschwerde des Sozialistischen Kulturbundes hin das Verbot aufrechterhalten.

Die wertvollen Hörer werden es daher begrüßen, daß der Vortrag Löbes auf dem Wege über den Arbeitersender in Hilversum gehalten wird, und sie werden als Protest gegen die reaktionäre Haltung der deutschen Rundfunkstellen heute abend einmütig Hilversum — Welle 296 — einschalten!

bahnwagen handelt. Auch das soll Transportgefährdung im Sinne des Gesetzes sein und würde mit einem Jahr Zuchthaus geahndet. Daß das Gericht vor einer solchen erschwerenden Feststellung eine genaue Prüfung des Sachverhalts vornimmt, ist trotz des Schnellverfahrens sehr notwendig.

Flugkatastrophe

13 Offiziere getötet

Wie die paraguayische Oberste Heeresleitung mitteilt, ist im Gran Chaco ein dreimotoriges bolivianisches Militärflugzeug abgestürzt. Dreizehn Offiziere, darunter drei Generale, fanden dabei den Tod.



Wo man raucht, braucht man „Saba“

Alles könnte der Berliner entbehren, nur nicht seine „Saba ohne“. Die braucht er wie das tägliche Brot.



Die Vorfälle im Humboldthain

Sittlichkeitsverbrechen an Schulkindern

Der Zeugenraum im ersten Stock des neuen Kriminalgerichtsgebäudes neben dem Verhandlungsaal 413 ähnelte einer Schulkasse. 20 Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren waren erschienen, um gegen fünf Männer auszusagen, die sich an ihnen vergangen hatten.

Die Vorfälle im Humboldthain, um die es sich handelt, haben feinerzeit ungeheures Aufsehen erregt. Man sprach in übertriebener Weise von „Kinderprostitution“. Was aber damals die Öffentlichkeit mit Entsetzen vernahm, war nichts im Vergleich mit dem, was man jetzt im Gerichtssaal zu hören bekam. Die Verhandlung wurde zu einer ungeheuren Anklage gegen eine Gesellschaftsordnung, die derartiges möglich werden läßt.

Man stelle sich vor: Auf der Anklagebank fünf Männer im Alter von 63, 58, 54, 48 und 35 Jahren. Die ersten drei vielfach mit Zuchthaus vorbestrafte Sittlichkeitsverbrecher.

Immer wieder fielen ihnen kleine Mädchen zum Opfer.

Man fand aber für diese Menschen keine andere Heilungsmöglichkeit von ihrem unheilvollen Trieb als — das Zuchthaus. Und hatten sie ihre Strafe verbüßt, so wurden sie wieder auf ihre kleinen Opfer losgelassen. So konnten sie jahrelang im Humboldthain ihr Unwesen treiben. Eine gewisse Herta Hecht, die die Zuhörerrolle spielte, ist flüchtig. Im Humboldthain sprach es sich aber

herum. Es gibt da „Donkels“, bei denen man durch kleine Freundlichkeiten einige Groschen und auch noch mehr für Konfekt, Eis und dergleichen sich verdienen kann. Und die Schulkinder, deren Eltern in unmöglichen Wohnungsverhältnissen leben, die gezwungen sind, ihr Liebste und unbeaufsichtigt auf der Straße sich selbst und den Gefahren der Großstadt zu überlassen, fanden Gefallen an dem Treiben der Männer. Sie, die Kinder, ließen sich nicht nur von den Männern verführen, sondern spielten selbst die Verführerinnen, indem sie den „Onkels“ zuwinkten oder ihnen zupfiffen, als Aufforderung, ihnen zu folgen. Kann man sich eine schärfere Anklage gegen diese Gesellschaftsordnung denken! Die Jugendfürsorge wird aber an allen Ecken und Enden abgebaut, anstatt sie auszubauen bei der großen Not und dem großen Elend, bei der ungeheuren Verführung, der gerade jene Kinder anheimfallen, deren Eltern ihnen keinen Groschen Taschengeld zustecken können. Und so gingen die bedauernswerten unbeschützten Kinder von Hand zu Hand. Von einem Angeklagten kamen sie zum andern und waren dem vollkommen sittlichen Verderb preisgegeben. In zwei Fällen sind die Mädchen auch infiziert worden.

Wenn man diese kleinen Mädchen in dem Zeugenraum plaudern und spielen sah und dann hörte, wie sie ihre Erlebnisse vor dem Gericht auspackten, wie sie in raffinierter Weise ihr Alter höher angaben, um den Männern den Verkehr

mit ihnen weniger gefährlich erscheinen zu lassen — sie hatten davon in Zeitungen gelesen —, so traute man seinen Ohren nicht. Es ist nun aber einmal so. Die Leute, deren Kindheit und Jugend vor Verführung und Verführung in der guten Kinderstube geschützt waren, werden von Verwerflichkeit und Vaster reden. Diejenigen aber, die wissen, wie es in den Elendsquartieren des Proletariats aussieht, werden aus dieser Verhandlung nur den einen Schluß ziehen:

Der Kampf um die Ausgestaltung der kommunalen und staatlichen Jugendfürsorge muß schärfer und energischer denn je geführt werden. Das Gericht verurteilte den 63jährigen Artisten,

Händler und Tapezierer Eduard Haffke wegen Sittlichkeitsverbrechen an Minderjährigen in elf Fällen zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, den 54jährigen Techniker Hilarius Dunkel zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, den 48jährigen Arbeiter Karl Ristmacher zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und den 58jährigen Schneider Hermann Rothe unter Zubilligung mildernder Umstände zu 10 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

So das Gericht! Haben die Verurteilten ihre Freiheit wieder, so beginnt ihr Treiben von neuem. Dieses Mal vielleicht nicht im Humboldthain, sondern auf irgendeinem anderen Kindersammelplatz...

Großfeuer im Eckhaus

50 Brieftauben verbrannt

Durch ein verheerendes Großfeuer wurde am Dienstagmorgen der gesamte Dachstuhl des langgestreckten Eckhauses Brückenstraße 13 und Rungelstraße in Berlin SO. eingestürzt. 50 wertvolle Brieftauben, die auf einem Bodenschlag untergebracht waren, verbrannten. Die Feuerwehr war mit einem großen Aufgebot von Löschzügen unter der Leitung des Oberbauwartes Meißner und des Oberbrandmeisters Höpfer von der Wache Luisenstadt an der Brandstelle beschäftigt.

Der Brand wurde gegen 3 Uhr bemerkt, als aus den Bodenluken bereits meterlange Flammen hervorschlugen. Als die alarmierten Löschzüge an der Brückenstraße eintrafen, brannte der gesamte Dachstuhl lichterloh. Ueber zwei mechanische Leitern und von den Nachbardächern aus wurden aus sechs Schlauchleitungen gewaltige Wassermengen in das Flammenmeer geschleudert. Trotz aller Bemühungen der Feuerwehr konnte von dem Dachstuhl nichts mehr gerettet werden. Besonders groß ist der Wasserschaden in den Wohnungen der vierten und dritten Etage.

Von der Kriminalpolizei ist eine Untersuchung über die Entstehungsurache des Großfeuers eingeleitet worden. Die Nachforschungen sind aber ergebnislos geblieben, da durch die Gewalt des Brandes alle Spuren restlos vernichtet wurden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Brandstifter am Werk

Durch einen Zufall ist gestern nachmittag im Hause Kaiser-Friedrich-Straße 33 in Charlottenburg ein Dachstuhlbrand, der von verbrecherischen Händen angelegt worden war, rechtzeitig entdeckt und im Keime erstickt worden. Gegen 15 Uhr bemerkten Hausbewohner der oberen Stockwerke aus dem Treppenhäuser Brandgeruch. Als kurz darauf aus der Bodentür starker Qualm heraustrug, wurde die Charlottenburger Feuerwehr alarmiert. Der Löschzug traf gerade noch rechtzeitig genug ein, um die Flammen, die sich bereits auf mehrere Bodenkammern ausgebreitet hatten, schnell einzudämmen und zu löschen. Bei der Untersuchung wurde einwandfrei Brandstiftung festgestellt. Der oder die Täter hatten Papier und Lumpen aufgehäuft und mit einer leichtbrennbaren Flüssigkeit, vermutlich Benzin, übergossen. Es wurde eine Flasche gefunden, die noch einen winzigen Rest Benzin erhielt. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen.

Die Villa in Wannsee

Schlupfwinkel einer Betrügerfamilie

Seltene Gäste beherbergte vier Wochen hindurch eine Villa in der Hohenzollernstraße 22 in Wannsee. Ein aus Wilna gebürtiger 45 Jahre alter Kommissionär Frig Simon hatte mit seiner fünfköpfigen Familie das Haus gemietet und ist jetzt nach Hinterlassung einer großen Schuldensumme erschüttert. Gegen Simon ist Betrugsanzeige erstattet worden.

Die Villa in der Hohenzollernstraße in Wannsee war schon seit geraumer Zeit zu vermieten. Sämtliche Räume waren möbliert. Anfang Oktober d. J. meldete sich bei dem Inhaber des Hauses, einem bekannten Berliner Gaststättenunternehmer, ein angeblicher Holländer und mietete die Villa. Die Familie Simon engagierte eine ganze Anzahl

Hausangestellte, auch einen Hauslehrer für die vier Söhne, die im Alter von 12, 14, 18 und 20 Jahren stehen und machte große Einkäufe, ohne jedoch an eine Bezahlung zu denken. Man trieb einen großen Aufwand, erzählte, daß man aus Schenningen gekommen sei und auch von dort in Kürze das Automobil erwarte, das zur Vervollständigung des Aufwandes noch fehlte. Das Auto kam jedoch nicht. Simon erteilte in dessen zahlreichen Handwerker in Wannsee Aufträge verschiedener Art, kaufte einen großen Radioapparat, ohne zu zahlen, gab auch den Hausangestellten kein Geld, und betrog noch eine ganze Anzahl von Lieferanten, die alle um ihr Geld kamen.

Am 1. November verschwanden die Simons aus der Villa; sie hatten sich die Schlüssel des Hauses eingesteckt und verließen es, als wollten sie Einkäufe machen. Von da fehlt jede Spur von den Leuten.

Wohltätigkeitskonzert des Symphonie-Orchesters der Schutzpolizei Berlin. Das Symphonie-Orchester der Schutzpolizei Berlin veranstaltet auch in diesem Jahre wieder mehrere Wohltätigkeitskonzerte. Das erste Konzert findet am Freitag, 18. November 1932, 20 Uhr, in der Staatlichen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Falanienstraße 1, statt. Der Reinertrag dieses Wohltätigkeitskonzerts fließt restlos der Berliner Winterhilfe zu.

Die Maschine im Handwerk

Handwerkskammer stellt Gesellenstücke in der Funkhalle aus

In der großen Funkhalle am Kaiserdamm hat die Berliner Handwerkskammer eine unentgeltlich zu besichtigende Ausstellung von Gesellenprüfungsarbeiten eröffnet, die sehr interessant ist. Abgesehen davon, daß fast alle Berufe vertreten sind, so daß also die Besucher auch die ihnen am nächsten liegenden Arbeiten von Grund auf zu beurteilen vermögen, bietet die Ausstellung so viele wirklich hervorragende Arbeiten, daß einem um den Nachwuchs unserer Handwerker nicht bange sein braucht.

Gewiß, was die Natur dem Jungen nicht mitgegeben hat — offenen Blick, Ueberlegungsmöglichkeit und gehörige Denkfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Gefühl für die Form und den Wertstoff — das kann ihm auch die beste Lehre und der beste Meister nicht beibringen. Wo aber gewisse Prüfungsmethoden den zukünftigen Handwerker das für ihn richtige Handwerk finden helfen, da wird der Junge auch das richtige und für sein späteres Fortkommen nötige erkennen. Dabei soll durchaus festgesetzt werden, daß die so viel gelobte pädagogisch-technische Prüfung nicht der Weisheit letzter Schluß ist.

Die Metallindustrie ist, entsprechend ihrem Umfang in Berlin, am stärksten vertreten. Die Gesellenstücke der Werkzeugmacher beweisen einen hohen Grad der Ausbildung und der Arbeitsmethoden in den einzelnen Betrieben. Wenn dabei die Lehrlingsausbildungswerkstätten der großen und größten Betriebe mit besonders raffinierten und schwierigen Stücken, fast möchte man sagen, paradierten, so liegt das nicht nur an der maschinellen Ausrüstung dieser Werkstätten, sondern auch daran, daß in kleinen „Buden“ gar nicht das Bedürfnis nach so komplizierten Werkstücken besteht. Man sieht die Schnitte und Stangen, Drehbankteile (Teilköpfe, Supporte) und Vorrichtungen, die einem erwachsenen, werk-

statterfahrenen Arbeiter alle Ehre machen würden. Selbstverständlich sind die Gesellenstücke unter Zuhilfenahme aller vorhandenen, arbeitssparenden Werkzeugmaschinen, wie Hobel- und Fräsmaschinen, hergestellt, das ist gut so, denn die Zeiten sind vorbei, wo in einem kleinen Betriebe eine Hobel- oder Chapingmaschine eine Seltenheit war. Nur hat man früher, wo fast alles mit der Hand gefertigt werden mußte, mehr darauf gesehen, daß der Lehrling auch wirklich einen „geraden Strich“ feilen lernte, während das jetzt vielleicht nicht mehr so zum Ausdruck kommt. Als der Schreiber dieses lernte, da war bei seinem Lehrmeister das Schmirgelpapier zum Glättmachen einer gefeilten Fläche absolut verpönt. Der „gerade Strich“ mußte mit der feineren Feile, der Schlichteile, hergestellt sein, solange das Werkstück sich noch im Rohbau befand. Schmirgelpapier wurde nur zum Polieren gebraucht. Auch die ausstellenden Dreherlehrlinge haben oft zum Schmirgelpapier ihre Zuflucht genommen, wenn der Drehstuhl nicht eine absolut saubere Fläche am Werkstück hervorbrachte. Doch vielleicht ist man früher in der Beobachtung solcher handwerklicher Feinheiten etwas zu weit gegangen — geschadet hat es aber dem Lehrling bestimmt nicht. Auf jeden Fall lernen heute die Lehrlinge auch den Gebrauch aller Werkzeugmaschinen, so daß sie diesen Apparaten nicht hilflos gegenüberstehen, wenn sie die Lehre bei dem kleinen „Arbeiter“ verlassen und in den Großbetrieb kommen.

Neben den rein handwerklichen Fähigkeiten verraten viele Arbeiten der Kunst- und Bauhofscher künstlerische Begabung des Ausführenden. Wahre Prachtstücke von Kunstschmiedearbeiten sind ausgestellt, bei den Mechanikern und Optikern sieht man Meisterstücke der Feinmechanik. Nur schade, daß gerade in der Feinmechanik, der Berufsart, die man früher zu den kunstgewerblichen

rechnen wollte, heute die Elektrotechnik überregt, die alles billig und in großen Massen herstellen muß und dabei den Arbeiter als Handwerker verdirbt. Gepreßte, gestanzte, gegossene Teile werden so wie sie aus der Maschine kommen, zusammengestellt und bleiben so, bis ein anderes, neues Stück ihre Funktion übernimmt. Fast ist es so, daß der in elektrotechnischen Betrieb Beschäftigte nur deswegen gelernt haben muß, damit er mit den Akkordlöhnen zurechtkommt. Der Gelehrte beherrscht eben die Handhabung des Werkzeuges besser als der Ungelernte, wenn er auch mit diesem Werkzeug kaum eine handwerkliche Tätigkeit ausübt. Unzweifelhaft wird dadurch die Arbeit als Handwerk degradiert.

Diese Gedankengänge sind deshalb angebracht, weil es sich um eine Ausstellung der Handwerkskammer handelt. So ist es auch — theoretisch gesehen — ein Widerspruch in sich, daß die Ausstellung eine Nebenabteilung „Die Maschine im Handwerk“ beherbergt. Handwerk schafft Handarbeit, die Maschine soll als Helfer willkommen sein, als Selbstzweck angewandt verleierte sie die manuellen Fähigkeiten des Handwerkes, beseitigt sie vielleicht ganz. Doch der Zug der Zeit geht zur Maschine; wo dabei der Arbeiter als echter, richtiger Handwerker zu kurz kommt, wird sich (nein, hat sich schon!) ein neues Geschlecht der Maschinenhandwerker herangebildet.

Die Ausstellung bleibt noch bis zum Sonntag einschließlich geöffnet.

In wenig Worten

Der internationale D-Zug 131 Paris—Amsterdam ist bei Buzjingham 15 Kilometer südlich von Brüssel entgleist. Personen sind nicht verletzt worden, dagegen wurden Wagen beschädigt.

In der Nacht zum Dienstag brannten in Xperade (seit 1920 zu Dänemark) vier Wohnhäuser ab. Die Bewohner konnten wenig von ihrer Habe retten.

Nach Unterschlagung von 30 000 Mark ist der 41 Jahre alte Expedient Richard Kant aus Aue im Erzgebirge flüchtig geworden. Er war bei dem Siedlerverein „Eigene Scholle“ tätig und lebte in Rybau im Vogtland. Während seiner Tätigkeit bei der Baugesellschaft unterschlug er 30 000 Mark. Als seine Nachschichten bei einer Revision herauskamen, flüchtete er nach Zwickau, um dann weiter zu reisen. Man vermutet, daß er Berlin aufsuchen wird.

In dem Betrugsprozess gegen Frau Jürgens beantragte der Staatsanwalt neun Monate gegen die Angeklagte. Das Gericht beschloß, die Verhandlung bis Mittwoch auszusetzen. Das Urteil wird Mittwoch Mittag verkündet.

Wegen gewerkschaftlicher Eisenbahndiebstahls auf den Bahnhöfen Pantow, Tempelhof, Potsdam und dem Verschiebebahnhof Seddin, wo sie plombierte Eisenbahnwaggons erbrachen, verurteilte das Potsdamer Schöffengericht den polnischen Staatsangehörigen Joseph Stefanias aus Berlin zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Sein Mitkomplize, ein gewisser Leudenberg aus Berlin erhielt vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

In der Nacht zum Dienstag hat sich in der Kaserne des 7. Bayerischen Pionier-Bataillons in München ein schwerer Unfall ereignet. Ein Gefreiter dieses Bataillons wurde vom Kaserneposten für einen Einbrecher gehalten und nach mehrmaligem Anruf, auf den keine Antwort erfolgte, durch einen Schuß schwer verletzt. Der Gefreite ist noch in der Nacht seinen Verletzungen erlegen.

Von Gärgasen getötet

Im Weinkeller umgekommen

Koblenz, 8. November.

Am Sonntagabend wollte in Hagenport ein in den 40er Jahren stehender Winzer aus seinem Keller zum Abendbrot Wein holen. Als er nach längerer Zeit nicht zurückkam, suchte die 70 Jahre alte Mutter nach ihm. Als sie in den Keller kam, fand sie ihren Sohn von den am Boden befindlichen Gärgasen überrascht und bewußtlos niedergesunken vor. Die Mutter beugte sich über den Vergifteten, um ihn ins Freie zu schaffen. Bei diesem Versuch ist sie offenbar auch von den Gasen betäubt worden; denn als am Montagmorgen im Hause des Winzers noch Licht brannte, entdeckte man Mutter und Sohn tot im Keller.

Verbot der Freidenter?

Der Deutsche Freidenterverband soll verboten werden! Gegen diesen Streich wendet sich die gesamte sozialistische Arbeiterchaft in einer großen Protestkundgebung am Montag, dem 21. November, 20 Uhr, im Sportpalast Potsdamer Straße 72. Es sprechen bekannte Vertreter der freigeistigen Verbände und der Sozialdemokratischen Partei.

Die Wahrheit über den Benzinpreis

Nach wie vor Interessentenskanal — Her mit dem staatlichen Monopol!

Als kürzlich auch der ADAC in öffentlichen Versammlungen gegen Monopolpreise protestierte, mußte sich der Laie wundern. Protestierte der ADAC, etwa gegen die Monopolpreise des Benzinpreises? Weit gefehlt, gegen die der Reichsbahn! Hier war mit geschickter Regie wieder einmal sehr einfach der Staat zum Sündenbock gemacht worden. Die monopolistischen Benzininteressenten waren dessen sehr zufrieden. Was ist die Wahrheit?

Der deutsche Benzinpreis ist ein „Gemisch“ aus Interessentenwünschen und Subventionswirtschaft, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Interessenten sind I.G.-Farben für Leuna-Benzin, die deutsche Erdölproduktion, der Ruhrbergbau für Benzol, die Großagrarier für Spiritus und die Benzinimporteure.

Sie alle haben ihren Anteil am Benzinpreis, den der deutsche Kraftfahrer zahlen muß. Daß die volkswirtschaftlich überaus wichtige Kraftverkehrswirtschaft bei so vielen Nutznießern übermäßig belastet wird, ist kein Wunder. Sehen wir einmal die einzelnen Teile dieses Interessentengemischs von deutschem Benzinpreis etwas näher an. Da ist zunächst

der deutsche Benzinzoll.

Er machte bis Frühjahr 1931 5,81 M. je 100 Liter Benzin aus; dann wurde er auf 4,68 M., am 29. Mai 1931 sogar auf 16,23 M. je 100 Liter erhöht. Warum diese plötzliche und gewaltige Erhöhung? Weil die I.G.-Farben, die deutsche Erdölproduktion, der Ruhrbergbau ein Profit, das heißt Subventionsinteresse daran hatten. Als die I.G.-Farben mit ihrer Rohlieferfähigkeit hervortraten, als die deutschen Erdölvorkommen als abbaubar erschienen, da erkand man auch hier das Argument der Autarkie. Und wo es sich um die „Planwirtschaft der Dummheit“ handelt, da darf auf Verbraucherstoffen ja auch der unrentabelste Schornstein profitabel rauchen!

Nebenfalls hat man im Jahre 1931 die Kraftverkehrswirtschaft mit einer Zollsomme von rund 150 Millionen Mark zusätzlich belastet. Eine Erziehungszollwirkung ist kaum wahrscheinlich: Die I.G.-Farben produzieren seit Jahren, entgegen allen Prophezeiungen, etwa 100 000 Tonnen und werden in absehbarer Zeit diese Produktionsziffer kaum überschreiten. Immerhin zahlen sie statt des Zolles von 16,23 M. nur eine Ausgleichsabgabe von 0,75 M. je 100 Liter (vor dem 1. Oktober noch weniger!), und das macht eine Steuersubvention von rund und seit 20 Millionen Mark jährlich.

Einfach skandalös sind die Sondergewinne des Ruhrbergbaus

durch den Zoll und die niedrige Ausgleichsabgabe. Vor dem Kriege kosteten 100 Liter Benzol 16 M., heute etwa 48 bis 49 M. Die Sondergewinne des Ruhrbergbaus aus diesem Nebenprodukt zu Lasten des Kraftverkehrs sind auf mindestens 50 Millionen Mark zu schätzen.

Es gibt für die Reichsregierung keine Entschuldigung dafür, daß die Ausgleichsabgabe für Benzol nicht ganz bedeutend erhöht wird. Hier ist eine bedeutende Einnahmequelle für das Reich, die nicht genutzt wird, weil die Regierung mächtige Interessentengruppen offen begünstigt.

Sollen die Großagrarier fehlen, wo die Großindustrie so festlich auf anderer Leute Kosten tafeln darf? Die Spiritbeimischung zum Treibstoff ist jetzt glücklich auf 10 Proz. erhöht worden, damit man den Brennerreien möglichst viel von ihrem Kartoffelsprit möglichst teuer abnehmen kann. Zusätzliche Kosten für Kraftverkehrswirtschaft jährlich wieder runde 50 Millionen Mark.

Und nun zu den Benzin-Importeuren.

Sie haben in letzter Zeit die Deftlichkeit geradezu überschattet mit Kalkulationen, die beweisen sollen, daß sie auch bei den heutigen Preisen noch zusehen, zum mindesten nichts verdienen. Diese Rechnungen werden sich den Anschein großer Genauigkeit, nur sind sie alle verschieden, das heißt auch bei kleinen Differenzen sehr viel: ein Pfennig je Liter macht nämlich bei einem für 1932 auf 1,65 Milliarden Liter geschätzten Absatz schon 16,5 Millionen Mark aus.

Da ist zum Beispiel die Spiritbelastung, die bei der Erhöhung der Beimischung von 6 auf 10 Proz. den Benzinpreis um zwei Pfennig verteuert haben soll. Das ist schon falsch. So berechnet eine sehr genaue, von Interessenten anerkannte Darstellung („Kölnische Zeitung“ vom 4. Oktober) die gesamte Belastung bei 10prozentiger Beimischung auf 3,2 Pfennig je Liter, die Verteuerung ab 1. Oktober auf 1,3 Pfennig. Dazu müßte man einen Pfennig für neue Anlagen, Wischeinrichtungen usw. rechnen, die bisher infolge des scharfen Wettbewerbs nicht angerechnet worden seien. Uns werden aber die gesamten neuen Anlagekosten von Interessenten auf etwa eine Million Mark angegeben — das sind noch nicht ein hundertstel Pfennig je Liter! Sie spielen also in Wahrheit keine Rolle. Die Verteuerung durch die erhöhte Beimischung stellte sich tatsächlich auf 1,3 Pfennig;

die Benzinkonvention hat sich dafür 2 Pfennig berechnet — das sind 0,7 Pfennig je Liter oder 11,5 Millionen Mark jährlich auf den Gesamtverbrauch zuviel!

Kleinigkeiten? Eben nicht!

Wenn die Verteilungskosten innerhalb Deutschlands einmal mit 3 Pfennig, dann mit 3,7 Pfennig, ein drittes Mal mit 4 Pfennig, wenn die Provisionen für die Tankstellenhalter einmal mit 4, ein andermal mit 5 Pfennig angegeben werden, so zeigt das nicht nur einen sehr bedingten Wert dieser Rechnungen, sondern spricht auch nicht für ein gutes Gewissen. Aber eine andere Aufstellung beweist schlagend, daß

die jetzigen Benzinpreise tatsächlich zu hoch

sind. In den fünf Jahren von 1925 bis 1929 betrug der durchschnittliche Preisunterschied zwischen dem amerikanischen Ausführpreis und dem Berliner Preis 12,95 Pfennig je Liter. Im Jahre 1930 (erste Benzinkonvention!) ist die Spanne stark gestiegen, im Jahre 1931 erheblich unter den Durchschnitt gesunken. Heute ist die Spanne (unter Berücksichtigung aller Belastungen) mit 13,12 Pfennig höher als im Durchschnitt 1925 bis 1929; legt man den deutschen Durchschnittspreis für Benzin an, so macht die Spanne sogar 14,12 Pfennig aus. Wer möchte behaupten, daß heute eine höhere Spanne als in den Jahren 1925 bis 1929 gerechtfertigt sei?

Und selbst wenn die Importgesellschaften heute nichts verdienen, so sind die Zustände durch ihren Konkurrenzkampf ungesund geworden. Das

Tankstellen- und Pumpennetz

ist zugegebenermaßen stark überlegt. Das bedeutet, daß alle Verteilungskosten wegen ihres „fixen“ Charakters zu hoch sind. Wenn eine Pumpe durchschnittlich einen täglichen Umsatz von etwa 22 Mark hat, dann muß man allerdings dem Tankstellenbesitzer 4 Pfennig je Liter Rabatt geben. Bei doppeltem Umsatz wäre aber ein Rabatt von nur 2 Pfennig genug! Und so ist es mit allen Verteilungskosten, mit der Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals usw.

Die Kraftverkehrswirtschaft fordert mit Recht eine Entlastung. Zunächst hat das Reichswirtschaftsministerium schleunigst die Preise der Benzinkonvention zu prüfen und herabzusetzen. In anderen Ländern, in Frankreich, Italien, Ägypten hat man auch die nötige Energie gefunden. Eine Herabsetzung der Zölle und der Kraftfahrzeugsteuer ist heute,

unter den Bodenereckern des Papen-Rabinetts,

mehr als je eine hochste Staatsgleichfrage. Dagegen ist die Ausgleichsabgabe zu Lasten der inländischen Produzenten zu erhöhen. Eine wirkliche Entlastung aber kann lediglich nur durch Einführung eines staatlichen Treibstoffmonopols erreicht werden. Selbst eine so im Prinzip privatwirtschaftlich eingestellte Zeitschrift wie der „Deutsche Volkswirt“ vertritt jetzt diese Forderung. Die Einführung eines Staatsmonopols würde Ersparnisse von 200 Millionen jährlich bringen, die voll der Kraftverkehrswirtschaft zugute kommen könnten. Z.

Nach dem Kreuger-Krach

Wie Schweden durch hohe Löhne und niedrige Zölle profitierte

Schweden hat weniger Arbeitslose als die meisten Länder Europas, gegenüber dem Produktionsstand zur Zeit der Hochkonjunktur im Jahre 1929 ist bis jetzt die industrielle Tätigkeit nur um etwa ein Sechstel zurückgegangen — dies trotz der schweren Erschütterung, die die schwedische Wirtschaft durch den Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns erfuhr, dessen Verluste bekanntlich eine Milliardenziffer erreicht haben.

Die erstaunliche Widerstandsfähigkeit

ist freilich erst dann richtig einzuschätzen, wenn man sich die Größenverhältnisse des Landes vor Augen hält; zwar ist Schweden an Fläche nicht viel kleiner als Deutschland, zählt aber nur etwas über 6 Millionen Einwohner, etwa 1 Million weniger als Bayern.

Schweden hat vor allem zwei Reichtümer: Wald und Eisenerz. 52 Proz. des Landes bestehen aus Wäldern. Der Holzreichtum bildet die Basis für die Entwicklung einer großen Holzbearbeitungs- und Papierindustrie; für die Entwicklung der schwedischen Zündholzindustrie war der Bestand an Espenwäldern ausschlaggebend. Die Eisenerzförderung Schwedens betrug 1930 11 Millionen Tonnen, wovon der größte Teil nach Deutschland ging. Heute allerdings sind Erzförderung und Erzexport auf ein Minimum des damaligen Standes zusammengedrumpft. Auf der Verarbeitung der eigenen Erze ist eine bedeutende Eisen- und Stahlindustrie aufgebaut. Nur einige

Beispiele internationaler Schwedenkonzerne:

Zunächst der schwedische Zündholzkonzern, der sich zu einem Weltunternehmen entwickelte und den größten Teil der Zündholzproduktion der Erde kontrollierte, noch ehe Kreuger seine betrügerischen Finanzaktionen durchführte. Der schwedische Kugellagerkonzern SKF besitzt Fabrikationsunternehmungen in zahlreichen Ländern und spielt auf den größten amerikanischen Märkten eine fast monopolartige Rolle. Auf dem Gebiet der Herstellung von Separatoren und Milchzentrifugen hat die Firma Separator A. B. eine Weltstellung. Die Staubsaugerfirma Elektrolux besitzt Tochtergesellschaften in den wichtigsten europäischen Ländern. Die Telefonaufirma Ericsson verfügt in zahlreichen Ländern Europas und Lateinamerikas über Fabrikationsunternehmungen und Telefonbetriebsgesellschaften. Ebenso reicht der Interessentenbereich des Startstromkonzerns Asea weit über die Grenzen Schwedens hinaus. Der Eisenerzkonzern Grängesberg verfügt nicht nur einen großen Teil Europas mit schwedischen Eisenerzen, sondern besitzt auch Erzgruben oder Förderungsrechte in Nordafrika und Südamerika.

Von anderen Ländern unterscheidet sich die industrielle Entwicklung Schwedens dadurch, daß sie durch Zölle nur wenig geschützt worden ist und daß im allgemeinen hohe Löhne und hohe Gehälter gezahlt wurden. Schweden gehört zu den wenigen Ländern, die noch heute Zölle für den Import von Waren haben; lediglich die Einfuhr von Weizen und Roggen ist begrenzt. Infolge des hohen Lohnniveaus hat sich die Kaufkraft des Landes gut entwickelt; die Lebenshaltung war höher als in den meisten Ländern Europas.

Dreierlei hat die wirtschaftliche Entwicklung

Schwedens in der letzten Zeit erheblich erschüttert: erstens die stark verringerte Aufnahmefähigkeit der europäischen Länder für schwedische Erzeugnisse, zweitens die Abkehr von der Goldwährung, die unmittelbar nach der Loslösung vom Goldstandard erfolgte, drittens der Zusammenbruch Kreugers.

Die Währungsverschlechterung bildete zunächst natürlich eine Art Schutzzoll, der die Einfuhr industrieller Erzeugnisse aus anderen Ländern erschwerte. Diese Maßnahme hat jedoch nicht verhindern können, daß die Exportindustrien einen erheblichen Umfangrückgang verzeichnen.

Der Kreuger-Zusammenbruch hatte zunächst katastrophal aussehende Folgen. Die Aktienkurse stürzten in wenigen Tagen auf einen Bruchteil, die Börsentätigkeit war einige Zeit gelähmt, die Währung erfuhr eine neue Erschütterung. Es ist aber bezeichnend für die Widerstandsfähigkeit der schwedischen Wirtschaft, daß trotzdem bald wieder eine Entspannung eintrat. Der Rotenunfall blieb stabil, die Einlagen bei den Banken, die bis Juni 1932 zurückgingen, zeigten schon im Juli wieder eine Erhöhung.

Die Arbeitslosigkeit

belief sich nach den Angaben der Gewerkschaften um die Mitte des Jahres 1932 auf 19 Proz. gegenüber 12 Proz. Mitte 1931. Die Verschlechterung, die in den letzten Monaten eingetreten ist, betrifft fast ausschließlich die exportierende Industrie.

Zweifellos wäre ohne die Verluste aus dem Kreuger-Zusammenbruch die Widerstandsfähigkeit der schwedischen Wirtschaft gegen die Krisenauswirkungen noch größer gewesen. Um so mehr ist Schweden ein Musterbeispiel dafür, welche Widerstandsfähigkeit ein Land entwickeln kann, in dem während den Arbeitern hohe Löhne gezahlt wurden und das sich von Schutzzöllen und anderen Abwehrmaßnahmen nach Möglichkeit ferngehalten hat.

Frei erfunden!

Zur Lage der Berliner Baugesellschaften

Im Zusammenhang mit einer Besprechung der Kollage der Gemeinnützigen Baugesellschaften wurde in einem Berliner Morgenblatt die Behauptung aufgestellt, daß auch die städtischen Baugesellschaften aus eigenem schon heute nicht mehr in der Lage wären, die Hypothekenzinsen zu zahlen, und daß die Baugesellschaften sich genötigt sehen hätten, umfangreiche Kredite bei der Stadtbank in Anspruch zu nehmen.

Diese Behauptungen sind, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, völlig frei erfunden. Der Stadt Berlin gehört das Gesellschaftskapital der Gemeinnützigen Baugesellschaft Adamstraße, der Gemeinnützigen Baugesellschaft Berlin-Ost, der Pantomer Heimstätten GmbH, der Heimstätten-Gesellschaft Primus, ferner zu 98,8 Proz. das Kapital der Heimstättenfiedlung

Berlin-Wilmersdorf, zu 75 Proz. das der Gemeinnützigen Tempelhofer Feld-Heimstätten GmbH, zu 66,67 Proz. das der Gemeinnützigen Baugesellschaft Heerstraße (der restliche Teil gehört der städtischen Wohnungsfürsorgegesellschaft).

Keine einzige dieser Gesellschaften sei mit ihren Verpflichtungen gegenüber den Bankinstituten, die ihnen Hypotheken gewährt haben, rückständig. Keine einzige dieser Gesellschaften sei auch genötigt gewesen, zur Zahlung der laufenden Zins- und Tilgungsverpflichtungen die Hilfe der Berliner Stadtbank in Anspruch zu nehmen. Im Gegenteil, bei der Stadtbank seien in nicht unerheblichem Umfange flüssige Mittel der Gesellschaften angelegt. Im übrigen seien die Ausführungen schon insofern völlig haltlos, als die Berliner Stadtbank auf Grund der Korporationsverordnung vom 3. August 1931 der Stadt oder städtischen Gesellschaften überhaupt keine neuen Kredite gewähren darf.

Anleihen in Not

Kommunale Finanzkatastrophe

Am Montag hat der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Kulzer, wegen des unmittelbaren bevorstehenden Zusammenbruchs zahlreicher Kommunen einen Warnungsruf in letzter Stunde an den Kanzler gerichtet.

Daß dieser Warnungsruf die Finanzsituation bei den deutschen Gemeinden nicht um ein Tüpfelchen zu schwarz gemalt hat, beweist die Zahlungsunfähigkeit einer der ehemals reichsten Städte Deutschlands, der Stadt Frankfurt a. Main, die am Dienstag wegen der Richtigstellung ihrer Schahanweisungen eine Gläubigerversammlung einberufen mußte. Es handelt sich bei diesen Schahanweisungen um eine Summe von 30 Mill. Mark aus dem Jahre 1928/29, die jetzt zur Einlösung fällig geworden sind.

Der Stadtkämmerer von Frankfurt, Dr. Lehmann, machte den Gläubigern einen Vergleichsvorschlag, der eine zehnprozentige Rückzahlung sowie eine Prolongation der restlichen 90 Proz. auf drei Jahre vorsieht. Unter Hinweis auf die enormen täglichen Lasten der Kommune für Deckung des dringendsten Bedarfs des Wohlfahrtswesens mußte Dr. Lehmann aber erklären, daß Frankfurt a. Main im Augenblick auch nicht einmal die zehn Prozent, das wären rund 3 Millionen Mark, flüssig machen könnte. Die Ausführungen des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt gaben ein erschütterndes Bild über die Einnahmefresserlei der Kommunen bei dem Finanzgleichgewicht — unter anderem sind die Reichsüberweisungssteuern um 73 Proz. von 24 auf 6,4 Mill. Mark seit 1928 gesunken — sowie die unentgeltlichen Leistungen, die durch Abwälzung der Arbeitslosenunterstützungen vom Reich auf die Kommunen entstanden seien.

In der Debatte wurde von verschiedenen Gläubigern die Auszahlung eines Teilbetrages bis zum Jahresende gefordert. Wenn ein Gläubigervertreter der Stadt zum Vorschlag machte, daß sie die Beschaffung langfristiger Anleihen veräußern (!) habe so ist dieser Vorschlag einfaßlicher, denn jeder Mensch in Deutschland weiß, daß unter dem glorreichen Regime des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die deutschen Kommunen gewaltig an einer Fundierung ihrer kurzfristigen Schulden behindert wurden.

Auch die Stadt Köln, die in allernächster Zeit vier Millionen Mark für fällige Schahanweisungen aufzubringen hat, befindet sich in der gleichen katastrophalen Lage wie Frankfurt a. Main. Auf der für heute angelegten Gläubigerversammlung wird der Vertreter der Kommune den Gläubigern auseinandersetzen, daß ohne ein Einbringen des Staates die Mittel für eine zehnprozentige Ausschüttung nicht aufzubringen sind.

Feste Börse

Starke Nachfrage am Rentenmarkt

Die Kurssteigerungen, die der ruhige Verlauf der Wahl und das Wahlergebnis selbst an der gestrigen Montagobörse ausgelöst hatten, setzten sich auch an der gestrigen Börse fort.

Auffallend kräftig war die Nachfrage auf dem Rentenmarkt. Sowohl Goldpfandbriefe, wie Reichsschuldensforderungen, wie auch kommunale Schuldschreibungen konnten ihre Kurse um durchschnittlich 1 Proz. und vielfach darüber hinaus erhöhen. — Auf dem Aktienmarkt blieb das Geschäft klein, jedoch wirkten verschiedene günstige Meldungen aus der Industrie befriedigend. Stark gefragt blieben Reichsbank mit 129, Reichsbahnvorzugsaktien mit 89% und I.G.-Farben mit 97. Schwarzkopf konnte sich auf 30%, Drenstein auf 34% und Besfärel auf 70 gegen 68 Proz. verbessern.

Stollwerk nach der Sanierung. Die führende westdeutsche Schokoladenfabrik Gebrüder Stollwerk A.-G. in Köln, die im vergangenen Jahr wegen großer Fehlerparanthesen lamieren und das Kapital von 16,4 auf 9 Mill. M. zusammenziehen mußte, erzielte im Geschäftsjahr 1931/32 einen Reingewinn von 251 620 M. Die Verwaltung hofft, durch die Sanierung eine Grundlage für ein wirtschaftliches Arbeiten bei anziehender Konjunktur gefunden zu haben. Der mengenmäßige Abgang war nur gering. Die Schulden konnten um 2,6 Mill. M. abgebaut werden, darunter die Bankschulden um rund 1 Million.

